

Im Dezember 2015 muss die EU-Kommission entscheiden, ob sie die Handelsbeschränkungen gegen die Einfuhr chinesischer Solarzellen und -module verlängert und evtl. ausweitet oder aber auslaufen lässt. Auch auf chinesischer Seite könnten Entscheidungen zu Strafzöllen gegen die EU als Vergeltungsmaßnahmen anstehen. Dies könnte zu einer erneuten Belastung der Handelsbeziehungen zwischen der EU und China führen.

Die folgenden Gründe sprechen dafür, die seit 2013 bestehenden Handelsbeschränkungen für Solarzellen und Module abzubauen:

- **SOLARSTROM KANN BEREITS HEUTE 10% GÜNSTIGER SEIN**

Die Solarmodulpreise in Europa konnten seit 2013 nicht mehr von der global fortschreitenden Kostensenkung profitieren. Verbraucher und andere PV-Investoren zahlen in Europa folglich höhere Preise als nötig.

Der Grund hierfür: Die Produktionskosten von Photovoltaikmodulen, die über die Hälfte der Kosten einer Solaranlage ausmachen, sinken mit jeder Verdoppelung der weltweiten Produktion im Schnitt um 21,5 %¹. Die Herstellungskosten von Solarmodulen in Asien sind seit 2013 um 15-20% gesunken, ohne dass europäische Investoren und Verbraucher davon profitieren konnten. Die hohen Importpreise in der EU blieben und bleiben durch die bestehenden Handelsbeschränkungen künstlich fix. Die weltweiten Herstellungskosten von Solarmodulen werden sich absehbar in den nächsten 5-7 Jahren nochmals halbieren. Ohne Verteuerung durch Handelsbeschränkungen wären Stromgestehungskosten der Solarenergie in Deutschland in Höhe von knapp 5 Cent/kWh bereits in wenigen Jahren realistisch.

- **SOLARINSTALLATIONEN BRINGEN REGIONALE WERTSCHÖPFUNG UND SICHERN ARBEITSPLÄTZE**

Solarinstallationen bringen zu über **75% regionale Wertschöpfung**, selbst wenn außereuropäische Module verwendet werden.

Der Grund hierfür: Durch die Breite der solaren Wertschöpfung von der Rohstoffproduktion und Anlagenbau über den Systemhandel bis hin zum Betrieb und der Solarstromvermarktung verbleiben mehr als 75%² der Wertschöpfung einer jeden europäischen Solarinstallation in Europa, selbst bei Verwendung außereuropäischer Module. Durch die Verteuerung chinesischer Module durch Handelsbeschränkungen wird kaum etwas gewonnen. Im Gegenteil: Aufgrund des Marktrückgangs sind von geschätzten 265.000 PV-Arbeitsplätzen in Europa im Jahre 2011 bereits 130.000³ verloren gegangen. Durch Erreichen des Zubauziels von 2,5 GW könnten allein im Bereich der PV-Installationen sofort rund 8.000-9.000 nachhaltige Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen werden.

- **MEHR SOLARENERGIE IST NOTWENDIG FÜR ENERGIEWENDE UND KLIMASCHUTZ**

Auch in 2015 liegt der PV-Zubau in Deutschland mit voraussichtlich 1-1,3 GW weit unter dem Zubauziel der Bundesregierung von 2,5 GW. Damit **gefährden die Handelsbarrieren den Erfolg der Energiewende** und verlangsamen den Umbau in Richtung CO₂-freier Stromerzeugung.

Studien des BMWi⁴ sowie des europäischen Solarindustrieverbands SolarPower Europe (vormals EPIA) kommen zu dem Schluss, dass Mindestimportpreise oder Zölle das Erreichen des Zubauziels der Bundesregierung von 2,5 GW jährlich verhindern. Die aktuellen Neuinstallationen lassen für Deutschland in 2015 einen jährlichen Zubau zwischen 1,0 und 1,3 GW erwarten.

Die Einführung von Mindestpreisen hat in Kombination mit der notwendigen Reduktion der PV-Förderungen zu einem Einbruch des Zubaus geführt, was die Erfüllung der EU Ziele zum Ausbau der erneuerbaren Energien gefährdet.

¹ Semi & VDMA; International Technology Roadmap Photovoltaics, April 2015

² EU COM; DG Energy, March 2015

³ EPIA Factsheet "Job Creation", September 2012

⁴ BMWi Marktanalyse Photovoltaik-Dachanlagen; Januar 2015

FAZIT: Der Abbau von Handelsbarrieren gegen chinesische Solarprodukte macht die Solarenergie für die Verbraucher in Europa günstig. Er eröffnet europäischen Solarunternehmen neue Geschäftsperspektiven und sichert damit Arbeitsplätze. Ohne Handelsbarrieren werden die notwendigen Investitionen in die Energiewende wieder ermöglicht und das Erreichen der Klimaziele erleichtert.

Es ist offensichtlich, dass der Schaden durch Handelsbarrieren der EU gegen China zu viele Nachteile bringt. Zusätzlich drohen wie bereits 2013 Vergeltungsmaßnahmen für andere europäische Industriebereiche.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten deshalb die Handelsmaßnahmen gegen chinesische Solarmodule und -zellen nicht verlängern oder gar ausweiten, sondern wie geplant 2015 auslaufen lassen. Hierfür setzen sich die folgenden Unternehmen der Solarbranche auf allen Wertschöpfungsstufen – Industrie, Systemanbieter, Montagefirmen, Investoren, Energieversorger und Verbraucherverbände – gemeinsam ein:

